



Bürgerbewegung PRO NRW

PRO NRW Ratsgruppe
Humboldtstraße 2a
51379 Leverkusen
Susanne Kutzner
51337 Leverkusen
02171 / 39 49 639
02171 / 39 58 711

01.03.2016

Stadt Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz-1
51373 Leverkusen
Per E-Mail: 01@stadt.leverkusen.de

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien sowie die des Rates.

Der Rat der Stadt Leverkusen möge beschließen:

Die Verwaltung möge beim Deutschen Städtetag bewirken, dass dieser Bundesregierung und Bundesrat auffordert

- sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustrom von illegal einreisenden Asylbewerbern zu stoppen und dafür auch vertraglich geschlossene, aber praktisch unwirksam gewordene internationale Abkommen auszusetzen,
- insbesondere das Schengen-Abkommen sofort auszusetzen und die Staatsgrenzen wieder verstärkt zu kontrollieren, sollten weiter, entgegen dem Dublin-III-Verfahren, Asylverfahren nicht in den Staaten durchgeführt werden, in denen Asylbewerber ihren ersten EU-Staat betreten,
- bereits nach Deutschland gelangte illegal eingereiste Personen so schnell wie möglich in ihre Heimatländer oder die EU-Staaten, in denen sie zuerst eingereist sind, zu verbringen,

- abgelehnte Asylbewerber umgehend abzuschicken,
- die Zahl der aufzunehmenden Bürgerkriegsflüchtlinge aus außereuropäischen Ländern sozial und kulturell verträglich zu begrenzen,
- die Bezeichnung „Flüchtling“ wieder korrekt zu verwenden,
- nur solche Personen an die Kommunen weiterzuleiten, die als Asylbewerber oder als Flüchtlinge gemäß Genfer Konvention anerkannt sind,
- den Kommunen sämtliche Kosten zu erstatten, die von dem hunderttausendfachen Zustrom von illegal oder legal nach Deutschland gelangten Asylbewerbern verursacht worden sind und weiterhin werden,
- die Sozialleistungen für Asylbewerber auf ein Minimum zu beschränken, als Orientierungsmaßstab möge der Durchschnitt der Sozialleistungen für Asylbewerber in der EU gelten,
- darauf zu achten, dass, um keinen weiteren Missbrauch des Asylrechts als Instrument ungesteuerter Einwanderung zu betreiben, Asylrecht und Einwanderungspolitik strikt zu trennen sind.

Begründung:

Die Kommunen in Deutschland tragen schon jetzt die ganze Last des massiven Zustroms von Asylbewerbern aus aller Welt. In spezieller Weise trifft das auch auf Leverkusen zu. Dies hat auch schon in Leverkusen zu sozialen und gesellschaftlichen Belastungen geführt, die in keiner Weise mehr tragbar und der aufnehmenden Bevölkerung auch nicht mehr vermittelbar sind. Deshalb ist der Bund, insbesondere Bundesregierung und Bundesrat, aufgefordert, alles zu unternehmen, um diese Belastungen zu reduzieren. Der Deutsche Städtetag ist das Gremium, in dem auch Leverkusen Einfluss hat und nehmen muss, um weiter handlungs- und entwicklungs-fähig zu bleiben.

gez.
Markus Beisicht
-Gruppensprecher-

gez.
Susanne Kutzner
-Gruppengeschäftsführerin-